

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
09. Februar 2011
- 3 Bürgerhaushalt
 - 3.1 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 09/SVV/0536
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
 - 3.2 Bürgerhaushalt Potsdam
Neuaufgabe Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0887

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter für
Zentrale Steuerung und Service
 - 3.3 Bürgerhaushalt weiterentwickeln
Vorlage: 10/SVV/0865
Fraktion SPD
 - 3.4 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
Vorlage: 10/SVV/0920
auch alle Ortsbeiräte
- 4 Barrierefreie Kommunikation fördern
Vorlage: 10/SVV/0444
Fraktion FDP
neue Fassung vom 03.02.2011
- 5 Konzept zur Verknüpfung des Bildungsauftrages Naturkundemuseum mit
Biosphäre und PIK
Vorlage: 10/SVV/0700
Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen, Fraktion SPD
- 6 Überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen für Leistungen der
Straßenreinigung im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 11/SVV/0104
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 7 Überplanmäßige Aufwendungen für Leistungen der Abfallentsorgung im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 11/SVV/0105
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 8 Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 10/SVV/1079
Gruppe Die Andere
- 9 Einhaltung des Mietspiegels durch Pro Potsdam
Vorlage: 10/SVV/1078
Gruppe Die Andere
- 10 Papierlose Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 10/SVV/1063
Fraktion DIE LINKE
- 11 Sicherung des Autonomen Frauenzentrums
Vorlage: 10/SVV/1029
Gruppe Die Andere
- 12 Dienstaufsichtsbeschwerde des Stadtverordneten Menzel gegen den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam vom 06.09.2010
Vorlage: 10/SVV/0985
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 13 Personalausstattung prüfen
Vorlage: 10/SVV/0932
Fraktion DIE LINKE
- 14 Mitteilungen der Verwaltung
 - 14.1 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 11/SVV/0066
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Liegenschaftsmanagement
 - 14.2 Interkommunale Zusammenarbeit
Vorlage: 10/SVV/0995
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
 - 14.3 Vorstellung des Projektes Kaufhalle "Schilfhof"
 - 14.4 Information zum "Haus der Wissenschaft"
 - 14.5 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern
 - 14.6 STEK Wohnen - Zweiter Bericht zur Umsetzung

- 14.7 Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmalpflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4"
- 15 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09. Februar 2011

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 14.7 - Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmalpflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4", **zurückzustellen**, da Herr Klipp wegen seines Urlaubs nicht anwesend sein kann und dazu selbst vortragen sollte.

Ebenfalls zurückzustellen ist der Tagesordnungspunkt 8 - **Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann", DS 10/SVV/1079**, weil hierzu noch kein Votum des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vorliegt.

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister, dass Herr Dr. Scharfenberg um eine Information zur Thematik „Kaufhalle Zentrum Ost“ unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ gebeten hat.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 43. Sitzung des Hauptausschusses vom 09. Februar 2011 merkt Frau Dr. Müller an, dass die Ausführungen zum Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ – Baugenehmigung für den Archiv e. V. missverständlich seien, weil man ableiten könnte, dass eine Baugenehmigung bereits erteilt wurde. Da dies so nicht der Fall ist, soll der Text nun lauten:

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, warum die zugesagte Baugenehmigung für den Archiv e.V. erst verzögert erteilt **werden kann**, ...

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift mit 11 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

zu 3 **Bürgerhaushalt**

Zu diesem Tagesordnungspunkt schlägt der Oberbürgermeister vor, den Punkt 3.2 als ersten zu behandeln, weil hier auf das Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam im Allgemeinen abgestellt werde. Danach sollen die Punkte 3.1 und 3.3 aufgerufen und der Punkt 3.4 solle bis zur Diskussion der Haushaltssatzung 2011 zurückgestellt werden.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.2 **Bürgerhaushalt Potsdam** **Neuaufgabe Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam** **Vorlage: 10/SVV/0887**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service
mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90

Herr Exner verweist auf die Stellungnahme der Lenkungsgruppe, in der sich für die Annahme der Empfehlung des Finanzausschusses vom 17.11.2010 ausgesprochen werde.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, das Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam unter Berücksichtigung des vorliegenden **Änderungs-, Ergänzungsantrages** der Fraktion Bündnis 90/die Grünen mit folgendem Wortlaut zu beschließen:

„Zu Punkt 3.1. Beteiligungsgegenstand (S. 8)
Streichung des letzten Satzes.

„Zu den Beteiligungsgegenständen sollen auch Vorschläge zu Investitionen gehören.“

An dessen Stelle **einfügen:**

Zum Beteiligungsgegenstand gehören auch Investitionen, vorrangig Bauinvestitionen in Bezug auf kommunale Hochbauten und öffentliche Räume wie Straßen, (Fahrbahn, Radweg, Gehweg), Spielplätze, Sportanlagen und Grünflächen (einschließlich Seen).“

Dazu wird, beginnend mit dem Bürgerhaushalt 2012, der Bürgerschaft die Möglichkeit eingeräumt, über eine Liste mit Investitionsvorschlägen der Verwaltung und der Bürgerschaft, für die Investitionsplanung in zweijährigem Abstand (also zunächst für Investitionen im Jahr 2014) zu votieren. Die von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Vorschläge dieser Liste, werden auf diese Weise verbindlicher Bestandteil der mittelfristigen Investitionsplanung.

Zu Punkt 4. Zusammenfassung (S. 12)

Streichung des Satzes:

Es können Sonderthemen, wie zum Beispiel Bauinvestitionen, in einem bestimmten Rhythmus, z. B. alle zwei Jahre, als separater Beteiligungsgegenstand aufgenommen werden.

An dessen Stelle **einfügen:**

Es können Sonderthemen, wie im Fall der Bauinvestitionen, die zukünftig in zweijährigem Rhythmus beraten und votiert werden, als separater Beteiligungsgegenstand aufgenommen werden.“

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam (siehe Anlage), einschließlich der Änderungen in den Punkten 3.1 und 4 (entsprechend dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

zu 3.1 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts

Vorlage: 09/SVV/0536

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
alle OBR

siehe auch Diskussion zum Tagesordnungspunkt 3.3

Die Stadt Potsdam hat wiederholt einen Bürgerhaushalt durchgeführt und kann sich dabei über Interesse und Unterstützung aus der Bürgerschaft freuen.

Um diesen Trend fortzusetzen, soll für Projekte und Maßnahmen auf der Ebene der Quartiere ein fester Betrag aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt werden, der 1 Prozent des jeweiligen Entwurfs des Gesamthaushaltes umfasst. Die Gelder werden mittels Quartiersfonds der Bürgerschaft zur Verwaltung übergeben. Dies soll ohne größeren Aufwand mit den bisherigen Vorschlags- und Voting-Verfahren gekoppelt werden.

Parallel dazu werden durch die Bürgerschaft weiterhin Projekte von gesamtstädtischem Interesse diskutiert und priorisiert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 9
Stimmenthaltung: 4

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.3 Bürgerhaushalt weiterentwickeln

Vorlage: 10/SVV/0865

Fraktion SPD

Dieser Punkt wird gemeinsam mit dem Punkt 3.1. aufgerufen.

Herr Exner verweist darauf, dass die Mehrheit des Lenkungsgremiums den Antrag der Fraktion SPD (Prüfauftrag) befürwortete, der wichtige Teile des Antrags der Gruppe die Andere enthalte.

Das Lenkungsgremium empfiehlt die Erteilung eines Prüfauftrags zur Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltsverfahrens im Sinne des Antrags, ohne jedoch den gesamtstädtischen Ansatz des Bürgerhaushalts in Frage zu stellen.

Das neue Vorgehen solle durch eine Pilotierung erprobt werden. Zu diesem Zweck solle es drei Versuchsprojekte zum nächstmöglichen Zeitpunkt, bis spätestens zum Bürgerhaushalt 2014, geben. Das Lenkungsgremium empfehle die Streichung des letzten Satzes des Antrags und schlage vor, die Pilotprojekte sowohl in einem Ortsteil als auch in zwei Stadtteilen, von denen in einem bereits Beiratstrukturen bestehen, durchzuführen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob sich die Prüfung auf die praktische Anwendung und nicht auf „wollen oder nicht wollen“ beziehe, entgegnet Herr Exner, dass es nicht um das „Ob“ gehe, sondern um das „Wie“. Für die Vorbereitung sehe er jedoch keine andere Chance, als das für 2013 zu konzipieren und vorzubereiten, so dass diese Weiterentwicklung erst 2014 wirksam werden könne.

Herr Schubert unterstreicht, dass die Verwaltung auch in der Lenkungsgruppe zugesagt habe, dass es an der Umsetzung im Sinne des Antrags keine Zweifel gebe. Herr Dr. Scharfenberg plädiert dafür, eine Realisierung schon für 2013 „zu versuchen“.

Frau Engel-Fürstberger betont, dass die jetzt in der Diskussion dargestellte Einmütigkeit so nicht gegeben war und sie meine, dass mit dieser Zielsetzung ein Paradigmenwechsel erfolge. Das sei auch in der Diskussion kritisch hinterfragt worden. Sie spreche sich dafür aus, den Haushalt für die Bürger transparenter zu gestalten, um ihn besser verstehen zu können und favorisiere einen mit den Bürgern besprochenen Konsolidierungshaushalt. Mit den Bürgern die Einsparpotenziale zu besprechen, halte sie für einen ehrlicheren Bürgerhaushalt als das, was hier jetzt angedacht sei.

Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus, dass derartige Anregungen auch zum System passen müssen und es zu thematisieren sei, woher Einnahmen herkommen und wie Vorschläge zu finanzieren seien.

Anschließend wird über den Tagesordnungspunkt 3.1 - Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts – DS **09/SVV/0536** abgestimmt, der mit 9 Nein-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **abgelehnt** wird.

Im Weiteren wird die Drucksache **10/SVV/0865** - Bürgerhaushalt weiterentwickeln – mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie der derzeitige Bürgerhaushalt dergestalt weiterentwickelt werden kann, dass zusätzlich zum jetzigen Verfahren von den Bürgern der Landeshauptstadt über die Verwendung eines Bürgerbudgets als Bestandteil des Haushalts entschieden werden kann.

~~Der weiterentwickelte Bürgerhaushalt soll erstmalig mit dem Beschluss des Haushaltes des Jahres 2012 wirksam werden.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

zu 3.4 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
Vorlage: 10/SVV/0920
auch alle Ortsbeiräte

zurückgestellt – Behandlung mit der Haushaltssatzung 2011

zu 4 Barrierefreie Kommunikation fördern
Vorlage: 10/SVV/0444

Fraktion FDP
neue Fassung vom 03.02.2011

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu ausgereichte neue Fassung vom 03. Februar 2011, der im Ausschuss für Gesundheit und Soziales mit 1:0:3 Stimmen zugestimmt wurde.

Da es keinen Diskussionsbedarf gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit bei der Einstellung neuer Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung, insbesondere in Bereichen mit großer Bürgernähe, spezielle Qualifikationen, wie zum Beispiel die Gebärdensprache und Fremdsprachenkenntnisse verstärkt berücksichtigt werden können, um so eine barrierefreie Kommunikation mit Bürgern und Gästen zu fördern bzw. zu erleichtern.

Die Berichterstattung soll in der Maisitzung 2011 der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 6

zu 5 Konzept zur Verknüpfung des Bildungsauftrages Naturkundemuseum mit Biosphäre und PIK
Vorlage: 10/SVV/0700

Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen, Fraktion SPD

Herr Schröder erklärt eingangs, dass im gestrigen Ausschuss für Bildung und Sport Herr Dr. Knuth, Bereichsleiter Naturkundemuseum, erste diesbezügliche Überlegungen dargestellt und auch finanzielle Mittel eingefordert habe. Deshalb bitte er, diesen Antrag zurückzustellen, um ihn in diesem Sinne zu überarbeiten und eine neue Fassung mit der Diskussion zur Haushaltssatzung 2011 vorzulegen.

Gegen die **Zurückstellung** des Antrags erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6 Überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen für Leistungen der

Straßenreinigung im Haushaltsjahr 2010

Vorlage: 11/SVV/0104

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Frau Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Den überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen in dem Produkt 5450100 (Straßenreinigung) in einer Höhe von 129.500 € im Haushaltsjahr 2010 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 7 Überplanmäßige Aufwendungen für Leistungen der Abfallentsorgung im Haushaltsjahr 2010

Vorlage: 11/SVV/0105

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Den überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 5370201 (Abfallentsorgung) im Haushaltsjahr 2010 in einer Höhe von 140.000 Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 8 Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 10/SVV/1079

Gruppe Die Andere

zurückgestellt – hierzu liegt noch kein Votum des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vor

zu 9 Einhaltung des Mietspiegels durch Pro Potsdam

Vorlage: 10/SVV/1078

Gruppe Die Andere

Herr Schüler bringt dazu einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister und die städtischen Vertreter/innen in den städtischen Unternehmen werden beauftragt sicherzustellen, dass die Pro Potsdam GmbH beim Neuabschluss von Mietverträgen den gültigen Mietspiegel als Maßstab für die Miethöhe verwenden. Miethöhen, die die maximale Spannweite der zutreffenden Mietspiegelkategorie übertreffen, sind vom Aufsichtsrat der Pro Potsdam vor Ausschreibung zu genehmigen. Über die betreffenden Genehmigungen ist der Stadtverordnetenversammlung einmal jährlich schriftlich zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2011 über die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.

Frau Engel-Fürstberger macht darauf aufmerksam, dass dieser Änderungsantrag bereits im Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorgelegt und abgelehnt wurde, ebenso die ursprüngliche Textfassung.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es schlimm genug sei, über dieses Thema sprechen zu müssen und das städtische Wohnungsunternehmen zur Einhaltung des Mietspiegels aufzufordern. Eine „einfache“ Ablehnung „schmecke“ ihm in diesem Falle aber auch nicht, weil es ein wichtiges Thema für die Stadt sei. Ebenso betont Frau Lehmann (gegen deren Rederecht sich kein Widerspruch erhebt), dass das Anliegen auch gut für das Image der Stadt sei.

Herr Schubert führt aus, dass er dem Ansinnen des Antragstellers schon folgen könne und deshalb vorschläge, den Antrags zurückstellen und in 14 Tagen im Beisein der Pro Potsdam und dem zuständigen Beigeordneten erneut zu besprechen.

Herr Exner verweist darauf, dass die Gemeinde nicht wirklich Spielräume dafür habe und nach Mietrecht die ortsübliche Mietaufschlag zu nehmen sei.

Der Oberbürgermeister unterstreicht, dass hier nicht über den Mietspiegel zu diskutieren sei, sondern über dessen Auswirkungen. Zu klären sei, wie die Pro Potsdam dazu beitragen könne, sozialverträgliche Mieten anzubieten. Das müsse aber in der Gesamtheit betrachtet werden und dürfe z. B. den Diskussionsprozess zur Balanced Scorecard zwischen Stadt und Pro Potsdam nicht gefährden.

Gegen den Vorschlag, den Antrag zurückzustellen und in 14 Tagen im Beisein der Pro Potsdam und dem zuständigen Beigeordneten erneut aufzurufen, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 10 Papierlose Stadtverordnetenversammlung

Vorlage: 10/SVV/1063

Fraktion DIE LINKE

Dazu wurde den Mitgliedern des Hauptausschusses eine Informationsübersicht als Tischvorlage ausgereicht. Darauf Bezug nehmend äußert Frau Dr. Müller, dass nicht nur der Sachstand, sondern auch eine Zeitschiene erfragt wurde. Herr Schüler betont, dass erst die Frage zu stellen sei, ob dieser Antrag Sinn mache. Alle Unterlagen nur per Mail auszureichen, sei ein für diese Wahlperiode unrealistisches Ziel und der Antrag deshalb abzulehnen. Ebenso sieht Frau Engel-Fürstberger den Antrag als erledigt an, weil die Informationen bereits vorliegen. Außerdem sollte jeder Stadtverordnete Taten sprechen lassen und selbst aktiv werden, wenn er die im Internet angebotenen Daten weiter verwenden wolle.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die als Tischvorlage ausgereichten Informationen zu vertiefen. Herr Dr. Scharfenberg schließt sich diesem Vorschlag an und meint, man könne in 14 Tagen besprechen, wie mit dem vorliegenden Antrag umzugehen sei.

Herr Schubert unterstützt den Antrag und verweist auf andere Städte, wie z. B. Schwerin, die bereits eine papierlose Stadtverordnetenversammlung praktizieren. Er sei sich sicher, dass Herr Dr. Pokorny mehrere Varianten bezüglich der Umsetzung kenne. Herr Schröder betont, dass er den Antrag ausdrücklich

unterstütze; natürlich gebe es Voraussetzungen, wie z. B. die Rekonstruktion des Plenarsaales, die noch nicht umsetzbar seien, trotzdem sei es ein Schritt in die richtige Richtung.

Gegen die Zurückstellung des Antrags und die Aufnahme in die Tagesordnung der Hauptausschusssitzung am 09. März 2011 erhebt sich kein Widerspruch.

zu 11 Sicherung des Autonomen Frauenzentrums

Vorlage: 10/SVV/1029

Gruppe Die Andere

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass zur Sicherung des Autonomen Frauenzentrums nach räumlichen Alternativen gesucht werde und die Stadt auch andere Vorschläge unterbreite habe. Er schlägt vor, den Antrag zurückzustellen, um die Alternativen zu prüfen – er sei sich sicher, dass dann der Antrag erledigt sei. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, welchen Zeitraum die Prüfung in Anspruch nehmen werde, entgegnet der Oberbürgermeister, dass diese in den nächsten 2 Wochen abgeschlossen sein müsste.

**zu 12 Dienstaufsichtsbeschwerde des Stadtverordneten Menzel gegen den
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam vom 06.09.2010**

Vorlage: 10/SVV/0985

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Schüler führt dazu aus, dass er die vorliegende Stellungnahme geprüft habe und ein Vergehen bezüglich dienstlicher Pflichtverletzungen nicht nachzuweisen sei. Der Antrag sei in der letzten Hauptausschusssitzung zurückgestellt worden, weil ein Gespräch zur Einigung in dieser Angelegenheit vorgesehen war. Das Gespräch habe stattgefunden; eine Einigung sei aber nicht erzielt worden, so dass sich der Hauptausschuss nun erneut damit befassen müsse. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, worauf sich die Prüfung des Vorsitzenden der StVV bezogen habe, entgegnet Herr Schüler, dass sich diese nicht auf den Inhalt bezogen habe, sondern darauf, ob die Stellungnahme schlüssig sei.

Herr Menzel betont, dass es ihm mit der Dienstaufsichtsbeschwerde darum gegangen sei, einen Weg zur unproblematischen Akteneinsicht für Stadtverordnete und einen diesbezüglichen Konsens mit der Stadtverwaltung zu finden.

In der weiteren Diskussion werden Fragen und Meinungen über das Verfahren der Dienstaufsichtsbeschwerde, insbesondere gegen den Oberbürgermeister, die Zuständigkeiten und rechtlichen Hintergründe beantwortet und ausgetauscht. Dabei wird u. a. von Frau Engel-Fürstberger und Herrn Dr. Scharfenberg betont, dass das Anliegen verständlich sei, weil die Akteneinsicht und Auskünfte für Stadtverordnete nicht immer einfach zu erlangen seien. Außerdem sei die Handhabung in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich.

Der Oberbürgermeister betont, dass er die Diskussion sehr bedauerlich finde und es in der Dienstaufsichtsbeschwerde nicht um das Akteneinsichtsrecht und dessen richtige oder nicht richtige Handhabung in der Stadtverwaltung gehe, sondern um die Feststellung einer Dienstpfllichtverletzung des Oberbürgermeisters.

Herr Schüler bietet an, über die Thematik der Akteneinsicht mit dem

Oberbürgermeister und den Fraktionen in einem gesonderten Termin zu sprechen, was sicher erst nach der Haushaltsdiskussion möglich sein werde.

Herr Schubert spricht sich dafür aus, nicht so lange zu warten und das in 14 Tagen nicht öffentlich mit den Fraktionen zu beraten.

Daraufhin erklärt Herr Menzel, dass er sich mit seinem Anliegen verstanden fühle und damit die **Dienstaufsichtsbeschwerde zurückziehe**.

zu 13 **Personalausstattung prüfen**

Vorlage: 10/SVV/0932

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf die zustimmende Empfehlung des Ausschusses für Kultur (4/1/2) mit folgendem geänderten Beschlusstext:

*Der Oberbürgermeister wird **beauftragt gebeten**, im Geschäftsbereich 2 insbesondere im Fachbereich Kultur zu überprüfen und zu bewerten, in welcher Weise sich Personalausstattung und **höhere Anforderungen an** qualitative bzw. quantitative Aufgabenstellungen in Übereinstimmung befinden.*

Darüber hinaus sind die Stellenbewertungen auch in diesem Zusammenhang im Vergleich zu anderen Fachbereichen zu betrachten und gegebenenfalls Veränderungen vorzunehmen.

*Die Ergebnisse dazu sind der Stadtverordnetenversammlung im April **September** 2011 vorzulegen.*

Herr Exner verweist in seinen Ausführungen darauf, dass der Ausschuss für Finanzen den Antrag zurückgestellt habe und empfehle, diesen in einen haushaltsbegleitenden Beschluss „umzulenken“. Herr Schröder gibt zu bedenken, dass es nicht darum gehe, neue Personalmittel in den Haushalt einzustellen. Auf die Frage von Frau Knoblich, ob das Problem darin bestehe, dass es Differenzen zwischen der Stellenbewertung und dem Aufgabenbereich gebe, entgegnet Frau Dr. Schröder, dass das sowie die Anzahl der Stellen und die zu bewältigenden Aufgabenstellungen zu prüfen seien. Die Nachfrage von Herrn Schröder, ob alle Stellen im Kulturbereich untersucht werden sollen, bejaht Frau Dr. Schröder ebenfalls.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Personalausstattung, also die Anzahl der Stellen und die Stellenbewertungen, zu prüfen. Bevor Entscheidungen herbeigeführt werden, solle es eine Organisationsuntersuchung geben, ob die Anzahl der Stellen mit den entsprechend notwendigen Qualifizierungen stimme. Da sich der Antrag auf die Überprüfung beziehe, habe er keine Finanzrelevanz und stehe nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Haushalt. Wenn es nach der Untersuchung entsprechende Ergebnisse gebe, werde man versuchen, diese umzusetzen – sollte das mit den Möglichkeiten im laufenden Haushalt nicht gehen, müsse der Stellenplan für 2012 geändert werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird **beauftragt gebeten**, im Geschäftsbereich 2 insbesondere im Fachbereich Kultur zu überprüfen und zu bewerten, in welcher Weise sich Personalausstattung und **höhere Anforderungen an** qualitative bzw. quantitative Aufgabenstellungen in Übereinstimmung befinden.

Darüber hinaus sind die Stellenbewertungen auch in diesem Zusammenhang im Vergleich zu anderen Fachbereichen zu betrachten und gegebenenfalls Veränderungen vorzunehmen.

Die Ergebnisse dazu sind der Stadtverordnetenversammlung im April **September** 2011 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 6

zu 14 Mitteilungen der Verwaltung

zu 14.1 Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: 11/SVV/0066

Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Liegenschaftsmanagement

Herr Exner bringt die Mitteilungsvorlage ein, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

zu 14.2 Interkommunale Zusammenarbeit

Vorlage: 10/SVV/0995

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Stadt diesbezüglich nicht „bei Null“ anfangen und die interkommunale Zusammenarbeit zum großen Teil selbstverständlich sei. Interessant für ihn seien die Schlussbemerkungen in der Mitteilungsvorlage und die Aussage, man wolle den Diskussionsprozess mit den Partnern initiieren und einen Produktkatalog mit möglichen Leistungen zum Ende des Jahres 2010 definieren. Hier wolle er wissen, ob dieser Katalog vorliege und wenn ja, wann er den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt werde. Im Weiteren sollte nun endlich die gemeinsame Sitzung Hauptausschuss und Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark stattfinden, die auch hier als Zielstellung definiert sei.

Der Oberbürgermeister verweist diesbezüglich auf seine Ausführungen in der letzten Hauptausschusssitzung und die Vereinbarung mit dem Landrat, eine gemeinsame Sitzung der Beigeordneten im Mai dieses Jahres durchzuführen und in diesem Zusammenhang die gemeinsame Sitzung vorzubereiten.

Herr Schubert fragt nach, bis wann die in den Schlussbemerkungen aufgeführten Aufgaben umgesetzt werden und inwieweit eine Struktur zu schaffen sei, die diesen Prozess steuere, solle heißen, wie ist die diesbezügliche Personalausstattung. Frau Engel-Fürstberger merkt an, dass dieser haushaltsbegleitende Beschluss gefasst wurde, um Sparpotenziale auszuschöpfen. Das scheine fehlgeschlagen zu sein, denn dazu stehe nichts in der Mitteilungsvorlage.

Herr Exner entgegnet, dass hier zwei Dinge zu betrachten seien, nämlich die Zusammenarbeit in der Horizontalen – mit anderen Städten und Gemeinden – sowie die Zusammenarbeit in der Vertikalen – nämlich mit dem Land. Letztere ergebe schnellere Effekte, aber es werden, wie auf Seite 5 mit den 11 Punkten dargestellt, kommunale Aufgaben in gemeinsam betriebenen Einrichtungen

erfüllt. Dies sei ein langwieriger und mühseliger Prozess und manche Ziele scheitern, wie z. B. der Abfallzweckverband. Er meine, man solle die Erwartungshaltungen nicht zu hoch „hängen“ und müsse manchmal auch erst investieren, um Sparpotenziale zu entwickeln. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg entgegnet er, dass der hier erwähnte Produktkatalog noch nicht abschließend vorliege.

Auf die Bitte von Herrn Schubert, die Punkte 1 und 2 in den Schlussbemerkungen zu präzisieren, erläutert der Oberbürgermeister, dass z. B. beim ÖPNV „fette Brocken“ zu bewegen seien, mit hohen Effekten. Allerdings stehen sich hier oftmals die Interessen der Städte und Gemeinden diametral entgegen und die Beziehungsgeflechte seien sehr vielgestaltig. Oftmals komme die Stadt auch nicht weiter, weil es unterschiedliche Ausgangspunkte der Stadt und der Landkreise gebe. Vermittlungsgespräche und die beim Land erbetene Unterstützung helfe nur bedingt, weil letztendlich die Landkreise selbst entscheiden müssten; bestes Beispiel sei die Einführung des Digitalfunks. Dieses Thema, so Herr Dr. Scharfenberg, sollte durch Sachverständige des Landes erläutert und konkret dargestellt werden. Herr Schubert schließt sich diesem Vorschlag an, weil er meine, der Oberbürgermeister sei mit seinen Ausführungen zu diesem Thema „auf dem Holzweg“.

zu 14.3 Vorstellung des Projektes Kaufhalle "Schilfhof"

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Investor Herrn Hoier-Schönbeck sowie Herrn Egenter und Herrn Schmitz.

Herr Hoier-Schönbeck stellt eingangs sein Unternehmen vor, das u. a. alte leer stehende Gewerbeobjekte saniere, wie z. B. im Wohngebiet Stern am Keplerplatz sowie im Zentrum Ost die Schülerspeisung.

Anschließend erläutert Herr Schmitz an Hand visueller Darstellung die o. g. Objekte, insbesondere das Objekt Schilfhof, in das insgesamt 8 Mieter mit einem breitgefächerten Angebot einziehen werden. Durch eine Absenkung der Fläche sei auch eine Möglichkeit für die Unterbringung der Potsdamer Tafel im Souterrain des Objektes gefunden worden.

Frau Engel-Fürstberger bedankt sich anschließend für die Präsentation und insbesondere für die Unterbringung der Potsdamer Tafel. Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an und verweist darauf, dass am Keplerplatz vom gleichen Unternehmen fast unbemerkt etwas Attraktives gestaltet wurde. Er fragt nach, wie die Unterbringung der Potsdamer Tafel hinsichtlich der Mietzahlungen geregelt sei und wie die Stadt hier ihre Verantwortung wahrnehme.

Frau E. Müller-Preinesberger sieht mit der dargestellten Lösung eine „tolle architektonische Einbindung“ der Potsdamer Tafel in das Objekt und verweist darauf, dass die Stadt bezüglich der Miete ein Modell entwickle, in dem die Stadt als Mieter der Räume agieren. Die Potsdamer Tafel und andere Sozialprojekte sollen dann z. B. den Versammlungsraum gemeinsam nutzen. Allerdings sei die Kostenfrage noch nicht gänzlich geklärt und der Mietvertrag noch nicht ausgestaltet.

Der Oberbürgermeister bedankt sich abschließend für die Berichterstattung und wünscht den Investoren für ihr Vorhaben viel Erfolg.

zu 14.4 Information zum "Haus der Wissenschaft"

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister die Leiterin der Geschäftsstelle des Vereins „Pro Wissen“ Frau Dr. Leinkauf.

Frau Dr. Leinkauf informiert über eine Befragung von 40 wissenschaftlichen Einrichtungen um zu klären, ob ein Interesse daran bestehe, dass Wissenschaft der Stadt und des Landes im Zentrum der Landeshauptstadt vertreten sein soll. 98 % der Befragten haben im Rahmen dieser Aktion ihr Interesse daran bekundet. Deshalb werden derzeit mit der Stadt Möglichkeiten geprüft, wie „Wissenschaft“ in die Stadt zu bringen sei. Dafür gebe es derzeit drei Varianten – so das Grundstück an der Ecke Schlosstraße/Friedrich-Ebert-Straße neben der künftigen Synagoge, die 4. Etage in der Stadt- und Landesbibliothek – dem zukünftigen Wissensspeicher sowie ein privates Holländerhaus am Bassinplatz. Der Standort Stadt- und Landesbibliothek sei bezüglich der Investitionskosten von 1 – 1,2 Mio Euro vergleichsweise günstig und biete darüber hinaus auch inhaltliche Synergien mit der Bibliothek und der ebenfalls an diesem Standort dann angesiedelten Volkshochschule. Der Standort am Bassinplatz sei ein nicht so attraktives Modell, weil hier Veranstaltungs- und Ausstellungsfläche nicht zusammen zu haben und die Mietforderungen vergleichsweise hoch seien. Bei der Variante neben der Synagoge sei mit Kosten von 4 – 4,5 Mio Euro zu rechnen.

Der Oberbürgermeister betont, dass diesem Projekt eine hohe Priorität beim Hauptstadtvertrag eingeräumt werde und die Stadt sich das nur leisten könne, wenn die Millionen daraus auch weiterhin zur Verfügung stehen.

Frau Dr. Schröter meint, dass die Variante der Unterbringung im Wissensspeicher eine gute Idee sei, wenn sich die wissenschaftlichen Einrichtungen an den Investitionen und Mietkosten beteiligen. Frau Dr. Leinkauf entgegnet, dass man sich andere Häuser der Wissenschaft angeschaut und auch die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung abgefragt habe. Diese sei auch teilweise positiv beantwortet worden, ohne konkrete Summen zu nennen. Das Projekt werde nur mit finanzieller Unterstützung machbar sein, die sich jedoch nicht auf die Investitionen beziehe. Zu berücksichtigen sei, dass sich größere wissenschaftliche Einrichtungen das leisten können, kleinere eher nicht.

Auf die Nachfrage, wie hoch die Betriebskosten und die anteiligen Investitionskosten beim Wissensspeicher seien, verweist Frau Dr. Leinkauf darauf, dass sie derzeit noch keine belastbaren Zahlen nennen könne. Dies, so der Oberbürgermeister, spiele erst 2013 eine Rolle.

Frau Knoblich fragt nach, um welche Inhalte es hierbei gehe und merkt kritisch an, dass sie die Ausführungen gern mit schriftlichen Fakten untersetzt gehabt hätte, um das besser nachvollziehen zu können.

Frau Dr. Leinkauf entgegnet, dass es um das Thema „Wissenschaft in der Stadt“ gehe und sich die überwiegende Zahl der Bürger eine Präsenz dieser in der Stadt wünsche, z. B. durch Vorträge, Begegnungsmöglichkeiten mit Wissenschaftlern, der Vorstellung neuester wissenschaftlicher Studienergebnisse, Informationen über Studienrichtungen u. ä. Eine Präsentation sei derzeit noch nicht möglich, weil es sich um vage Überlegungen handele.

Auf die Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg, dass sich dieses Projekt in einem frühen Stadium befinde und eine regelmäßige – mindestens halbjährliche Berichterstattung - erfolgen sollte, verweist der Oberbürgermeister auf den vor

der Sommerpause geplanten nächsten Bericht.

zu 14.5 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern

Persönliche Erklärung Oberbürgermeister: Der Oberbürgermeister betont in einer persönlichen Erklärung, dass er sich bei allen Stadtverordneten entschuldige, falls seine Ausführungen im Zusammenhang mit dem Thema „interkommunale Zusammenarbeit“ so angekommen seien, dass er die Integrität der Stadtverordneten in Frage stelle.

Der Oberbürgermeister informiert im Weiteren über die am 08. Februar 2011 stattgefundene Beratung mit den Ortsvorstehern, in der über den Haushalt 2011 und dessen Auswirkungen auf die Ortsteile gesprochen worden sei. Insbesondere habe die Fortführung der Radwege in den Ortsteilen eine Rolle gespielt. Verabredet worden sei eine Verständigung darüber, wie in den einzelnen Ortsteilen Investitionen angekommen sind. Weitere Themen waren der Fluglärm und die Hochspannungstrasse.

zu 14.6 STEK Wohnen - Zweiter Bericht zur Umsetzung

Auf eine Präsentation wird verzichtet, weil dies bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen erfolgt ist. Von der Möglichkeit, Rückfragen zu stellen, wird kein Gebrauch gemacht.

zu 14.7 Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmalpflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4"

zurückgestellt

zu 15 Sonstiges

Baugenehmigung Archiv e. V.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, wann die Baugenehmigung für den Archiv e. V. erteilt werde, entgegnet Herr Goetzmann, dass er auf diese Frage nicht vorbereitet sei, da diese in der Tagesordnung keine Rolle spiele. Auf diesbezüglich kritische Anmerkungen von Herrn Dr. Scharfenberg bittet der Oberbürgermeister insofern um Verständnis dafür, als dass eine Vielzahl von Baugenehmigungen erteilt werden und Herr Goetzmann nicht den Sachstand jeder einzelnen wissen könne. Er stimmt dem Vorschlag von Frau Dr. Müller zu, bis Freitag eine Information über das Büro der Stadtverordnetenversammlung zu geben und darin das Zeitfenster zu beschreiben und die Gründe für die noch nicht erteilte Baugenehmigung zu nennen.

Die am Freitag, 25.02.2011 an die Fraktionen/Gruppen gerichtete Information ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Tierheim

Frau E. Müller-Preinesberger verweist eingangs auf die in der letzten Hauptausschusssitzung angekündigte Kommunikationsstrategie, die auf Grund der Pressenachfragen nun so nicht aufgegangen sei. In der Ortsbeiratssitzung Fahrland am 16. Februar 2011 sei das Thema im Beisein zahlreicher Einwohner öffentlich kommuniziert worden.

Anschließend erläutert Frau Latacz-Blume, dass der Tierheimrat am 13. Januar 2011 über das neue Grundstück in Fahrland informiert wurde und am 04.02. darüber, dass das Grundstück mit 18.000 m² für das Tierheim sehr geeignet sei. Der Tierheimrat hätte sich dieser Meinung angeschlossen. An Hand visueller Darstellung erläutert sie die Lage des Grundstücks und die vorgesehene Planung. Dabei sei vorgesehen, die „lauten“ Tiere (Hunde) im hinteren Teil unterzubringen, die „leisen“ Tiere im vorderen Teil, um die Lärmbelästigung für das in der Nähe befindliche Neubaugebiet zu minimieren. Der Abstand zu den Häusern des Wohngebietes betrage 400 m - bereits vorhandene Dämme würden als natürlicher Schallschutz dienen. Im weiteren Verfahren werde es das Verhandlungsgespräch mit der Bietergemeinschaft am 03. März geben sowie am 15.03. das Wertungsprotokoll und den Vergabevorschlag. Nach der Beteiligung des Ortsbeirates und einer bereits in der Sitzung am 16.2. zugesagten Bürgerversammlung sowie der Information des Tierheimrates gehe ein entsprechender Entscheidungsvorschlag in die Beigeordnetenkonferenz und werde dem Hauptausschuss in seiner Sitzung am 27. April vorgelegt.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller nach den in der Ortsbeiratssitzung vorgetragenen Hauptkritikpunkten benennt Frau E. Müller-Preinesberger die Lärmbelästigung, die Befürchtung, dass die Sielmann-Stiftung Bedenken gegen das Vorhaben hätte, das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie das Jugendprojekt. Bezüglich der Lärmbelästigung verweist sie auf die Ausführungen von Frau Latacz-Blume; auch seitens der Sielmann-Stiftung gebe es keine Einwände - hier seien Abstimmungen gelaufen - Bedenken der Stiftung gebe es keine. Bezüglich des Jugendprojektes betont sie, dass die Jugendlichen in die unterschiedlichsten Arbeiten mit einbezogen werden können.

Herr Goetzmann führt aus, dass man sich gegenwärtig in einer Übergangssituation befinde, da noch der Flächennutzungsplan der ehemals eigenständigen Gemeinde Fahrland gelte und der der Stadt Potsdam noch nicht verabschiedet sei.

Planungsrechtlich handele es sich um den Außenbereich und bei einem Tierheimbau rede man von einem privilegierten Bauvorhaben. Insgesamt ist der Standort günstiger einzustufen als das Grundstück am Weg nach Bornim.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, warum diese strenge Geheimhaltung bei nur einem Bewerber erfolgt sei und ob die Jugendlichen zur unmittelbaren Tierbetreuung eingesetzt werden, entgegnet Frau E. Müller-Preinesberger, dass die Betreuung selbstverständlich durch die Tierpfleger erfolge, das Tierschutzgesetz eingehalten werde, die Jugendlichen, die in einem Arbeitsmarktintegrationsprojekt arbeiten sollen, aber mit einbezogen werden können, z. B. bei der Säuberung der Käfige aber auch Büroarbeiten u. ä. .

Grundstück Am Brauhausberg

Frau Engel-Fürstberger verweist darauf, dass die Grundstücke „Am Brauhausberg“ im Internet zum Verkauf angeboten werden (ein entsprechendes Exposé sei abrufbar) und fragt nach den Hintergründen. Dies insbesondere in Bezug auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 11/SVV/0042 von Anfang

Februar in der darauf verwiesen worden sei, dass der Verkauf der Grundstücke umfassend und transparent dargestellt und der Hauptausschuss vor wesentlichen Entscheidungen innerhalb des Verkaufsprozesses rechtzeitig unterrichtet werde.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass keine Vermarktung verabredet sei und er sich erkundigen müsse, was die Stadtwerke zu diesem Schritt veranlasst habe.

Kaufhalle Zentrum Ost

Herr Dr. Scharfenberg bezieht seine Nachfragen auf die provisorische Unterbringung der Kaufhalle im Wohngebiet Zentrum Ost unter dem Aspekt des im April/Mai d. J. beginnenden Abrisses und der wie verlautet kurz bevorstehenden Erteilung der Baugenehmigung.

Herr Goetzmann entgegnet, dass er die Aussage, die Erteilung der Baugenehmigung stehe kurz bevor, nicht bestätigen könne, da jetzt die Fristen zur Vervollständigung der Unterlagen laufen. In der Diskussion stehe die vorzeitige Genehmigung von Baumfällungen, zu denen am 14.02. ein entsprechender Antrag eingereicht worden sei. Allerdings sei mit einer Genehmigung nicht in dieser Woche zu rechnen. Für das Provisorium gebe es noch keinen Bauantrag, sondern lediglich Vorabstimmungen. Für die Errichtung des Provisoriums müssten 4 Platanen gefällt werden, wofür es seitens der Verwaltung keine Zustimmung gebe. Ein Umpflanzen sei aus fachlicher und logistischer Sicht nicht möglich.

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass man sich darüber einig gewesen sei, dass dieses Vorhaben zustande kommen solle und fordert die Verwaltung auf, dies auch mit einer durchgängigen Versorgung in einem Provisorium zu sichern. Dabei gelte es, Hindernisse frühzeitig zu beseitigen, damit diese nicht unüberwindbar werden. Hier erwarte er eine Flexibilität der Verwaltung. Er bittet, zu diesem Thema einen Punkt in die nächste Tagesordnung der Hauptausschusssitzung aufzunehmen.

Im Weiteren wird die Frage diskutiert, was unter der geforderten Flexibilität zu verstehen sei, welche Schritte die Verwaltung bereits eingeleitet hat und welche Unterstützung gegeben wurde.

Einseitige Sperrung Zubringer Zentrum Ost

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass es am 14.12.2010 zu einem Anfahrtschaden an der Brücke Humboldttring über die L 40 gekommen sei. Ein LKW mit Anhänger, beladen mit einem Bagger, fuhr auf der L 40 stadtauswärts - der Bagger löste sich von der Verspannung auf dem Anhänger und prallte gegen den Randträger der Brücke, wobei auch weitere Normalträger an der Unterschicht der Brücke beschädigt wurden. Der Randträger sei auf einer Länge von 1,10 m und der gesamten Breite vollständig zerstört. Die Längs- sowie die Bügelbewehrung sei durchtrennt, der Hohlraum im Randträger sei freigelegt und ein Bündelspannglied mit Hüllrohr sichtbar.

Am 15.12.2010 seien die losen zertrümmerten Betonteile des Rand- und Normalträgers abgeschlagen worden, wobei am stark beschädigten Randträger nicht alle Betonreste entfernt werden konnten - große Brocken hängen noch an der verbliebenen Bewehrung. Nicht ausgeschlossen werden könne, dass sich weitere Betonteile lösen, so dass der geschädigte Bereich des Randträgers mit einem Stahlblech gesichert wurde. Da durch die erhebliche Beschädigung des Randträgers eine Belastung des statischen Systems vermutet wurde, sei gemeinsam mit dem Gutachter und dem Prüflingenieur die Sperrung der rechten Fahrspur auf der Brücke - in Richtung Humboldtbrücke - festgelegt worden, um

eine Belastung durch den Fahrzeugverkehr zu vermeiden. Derzeit werde die Frage der Instandsetzung geprüft, die sich insofern schwierig gestalte, als dass die Stadt bereits über einen geplanten Abriss der Brücke informiert habe, der derzeit aus finanziellen Gründen jedoch nicht möglich sei.

Kostenloses Schulessen

Herr Dr. Scharfenberg bezieht sich auf einen Presseartikel zum kostenlosen Schulessen, in dem Frau E. Müller-Preinesberger darauf verwiesen habe, dass die Ein-Euro-Regelung der Stadt Potsdam nicht mit dem neuen Hartz-IV-Gesetz vereinbar sei und fragt, was angeraten sei, um das zu verhindern. Frau E. Müller-Preinesberger erläutert, dass laut der Neuregelung der Zuschuss zum Essen höchstens einen Euro betragen dürfe – alles, was darüber liege, werde den Familien als Einkommen angerechnet und vom Regelsatz abgezogen, weil das als geldwerter Vorteil gesehen werde. Damit würde die Stadt mit ihrer Regelung den Bundeszuschuss minimieren. Derzeit gebe es Überlegungen bezüglich einer Lösung, aber noch keinen abschließenden Vorschlag.